

Wolfgang Bergsdorf

## Die andere Zweiteilung Deutschlands

Einige Anmerkungen zur politischen Kultur

Ortega y Gasset, der nach Deutschland kam, um den deutschen Idealismus „tonnenweise“ in sich aufzunehmen, und der unser Land als unbeirrbarer Freund der deutschen Kultur verließ, veröffentlichte 1908 eine kleine Reflexion über die Mentalität der Deutschen. Er gab ihr den den heutigen Leser verblüffenden Titel: „Das zweigeteilte Deutschland“<sup>1</sup>. Der spanische Philosoph wollte keineswegs die Zerstörung der nationalen Einheit propagieren. Er brachte vielmehr seine Beobachtungen und Erfahrungen in der provokativen Feststellung zusammen, Deutschland habe „im Gesamtverlauf seiner Geschichte die Unfähigkeit bewiesen, eine kulturelle Einheit zu bilden“. Deutschland sei kulturell – anders als die übrigen europäischen Nationen – „nie ein einziges Etwas gewesen, sondern vielerlei, zumindestens zweierlei, in Teile gespalten, die sich nicht auf eine höhere Einheit zurückführen lassen“. Der Autor versinnbildlicht diese Zweiteilung durch – wie er selbst gesteht – übertriebene Typisierungen: Dem von ihm geliebten und bewunderten Deutschland der Philosophen wird das Deutschland der Philister oder Spießer gegenübergestellt; eine Kraftlinie kultureller Intensität, wie sie zum Beispiel in Italien den venezianischen Gondoliere mit dem römischen Richter oder Staatsmann verbinde, fehle im zweigeteilten Deutschland. Gemeinsam sei höchstens ein auffälliger „Mangel an politischem Geschmack“, den alle großen Deutschen beklagt oder verhöhnt hätten.

Den zeitgenössischen Deutschen mag die banale Singularität dieser Fundamentalkritik an der Kultur und auch dem politischen Geschmack der Deutschen unberührt lassen, obgleich das deutsche Spießertum mit unvergleichlicher Geschmacklosigkeit in der NS-Barbarei triumphiert hat. Wenn der acht Jahrzehnte alte Aufsatz des spanischen Deutschenfreunds trotz seiner veralteten und überholten Wortwahl auch heute noch überdenkenswert ist, dann ist es weniger die Gesamtprogrammatik des Philisters oder Spießbürgers, sondern es sind nur einige seiner Bestandteile, die sich in die achtziger Jahre haben herüberretten können, um dort allerdings die Fronten zu wechseln.

Zur Charakteristik des deutschen Spießbürgers gehörte ein umfangreicher Kanon von sakrosankten Vorurteilen, unter denen die prinzipielle Abscheu vor Politik die bedeutendste, jedenfalls wirkungsmächtigste war. Nirgendwo brauchte die Redeweise von der „Politik als einem schmutzigen Geschäft“ weniger begrün-



det zu werden als hierzulande. Während sich die Bürger in den fast 40 Jahren der zweiten Demokratie in Deutschland die politischen Entwicklungsmöglichkeiten nutzbar gemacht haben und allmählich Politik als unabweisliche Herausforderung für alle verstehen lernen, taucht der ehemals spießbürgerliche Generalvorwurf gegen „die“ Politik in verkleideter Form heute häufiger bei jenen auf, die die Nachfolge des Deutschlands der Philosophen angetreten haben, bei den Intellektuellen.

Allerdings gilt es hier stark zu differenzieren. In dem Maß, in dem sich zum Beispiel die literarischen Intellektuellen dieses Klischees immer weniger bedienen, gewinnt es an Repetierhäufigkeit bei der geistes- und sozialwissenschaftlichen einschließlich der theologischen Intelligenz. Ähnliche Vorurteilsgebrauchsveränderungen zeigt die Publizistik. Auch dort ist das Klischee von den politischen Journalisten zu den Feuilletonisten gewandert. Dies ist eine bemerkenswerte Veränderung, über deren Gründe man nur mutmaßen kann. Vielleicht sind sie darin zu suchen, daß die professionelle oder jedenfalls – wie bei den Schriftstellern – zeitweise semiprofessionelle Beschäftigung mit Politik am besten geeignet ist, die prinzipielle Verdächtigung der Politik abzubauen.

Es sind vor allem die genannten intellektuellen Untergruppen und diejenigen, die auf sie hören, welche mit bitterem Ernst an der Negativassoziation festhalten, die ihre geistigen Großväter um die Begriffsfelder Macht – Gewalt – Herrschaft aufgebaut haben. Dabei ist ihnen zumeist nicht bewußt, daß die negative Ausstrahlung dieser Begriffe keine Entsprechungen in der politischen Terminologie Frankreichs, Italiens oder der englischsprachigen Welt hat. Die Perhorreszierung „der Macht an sich“ ist made in Germany. In anderen Sprachen weiß man begrifflich, intellektuell und auch emotional zu unterscheiden zwischen den Zwecken, für die Macht eingesetzt wird, und der Macht selbst mitsamt ihren Instrumenten. In der deutschen Terminologie der Politik fällt es immer noch schwer, diese prinzipiellen Differenzen zu erkennen und auch kenntlich zu machen. Interessant ist, daß die sprachlichen Verfechter der Machtnegation bisher noch nicht auf den Gedanken gekommen sind, Begriffe wie „Einfluß“ einzubringen in das um „Herrschaft“ und „Macht“ gruppierte Wortfeld.

Das ist der semantische Hintergrund, vor dem, trübsinnig wie Arnold Toynbee, wenn er den Blick aufs Ganze wirft<sup>2</sup>, der Zerfall der politischen Kultur beklagt wird<sup>3</sup>. Mit schonender Verallgemeinerung, wie es in dieser geistigen Saison modern ist, wird „der“ Politik, „den“ Politikern eine geballte Ladung prinzipieller Kritik entgegengeschleudert. Sie werden pauschal der ausfallenden und lügnerischen Rede bezichtigt. Ihnen wird Zynismus als Grundhaltung vorgeworfen. Sie werden für die Unsicherheit verantwortlich gemacht, die die Debatte über die nationale Identität kennzeichnet. Sie werden haftbar gemacht für den „offensichtlichen Mangel an Wertkonsens“, als ob demokratische Politik einen Wertekanon oder ein Konzept nationalen Selbstverständnisses oktroyieren könnte. Und



schließlich wird „den Politikern“ die „Schnoddrigheit“ vorgeworfen, mit der die moralischen Anliegen der Bevölkerungsmehrheit beredet würden.

Fraglos gibt es Politiker, die das moralische Anliegen der Bürgermehrheit wie zum Beispiel den Schutz des ungeborenen Lebens in einer dem Ernst und der Würde des Themas unangemessenen Oberflächlichkeit behandeln. Aber ebenso steht außer Frage, daß es eine große Zahl von verantwortlichen Politikern gibt, die dieses Thema als zentrale Anfrage an die moralische Qualität der deutschen Politik begreifen und dies immer wieder zum Ausdruck bringen. Ihnen ist es nicht zuletzt zu verdanken, daß die Bürger in dieser Problematik seit 1982 einen unübersehbaren Einstellungswandel vollzogen haben. Die überwiegende Mehrheit in allen Alters- und Sozialgruppen der Bevölkerung verurteilt heute den praktizierten Mißbrauch des § 218 StGB, ohne allerdings eine Lösung in einer Wiederherstellung der alten Fassung dieses Paragraphen erkennen zu können<sup>4</sup>. Sie setzen weniger auf gesetzlichen Zwang als auf neue und zusätzliche Angebote der Politik, vor allem auf die Überzeugungskraft des moralischen Arguments, durch das auch sie sich zu dem vollständigen Wandel ihres Urteils haben bewegen lassen. Wer diese mentale Veränderung erkennt und jene, die sie zuvörderst zustande gebracht haben, mit dem Etikett „schnoddrig“ diffamiert, gleichzeitig den Datenschutz auf die oberste Stufe der Wertehierarchie hochrückt, die zu Recht die Ehrfurcht vor dem Leben beansprucht, der schwächt die Ernsthaftigkeit seiner Forderung an die Politik.

Eine vergleichbare Selbstschwächung der Argumentation bewirkt oft die generelle Verwendung der Gerechtigkeitsvokabel als prinzipielle Infragestellung der moralischen Qualität der Politik. Je abstrakter die Begriffsverwendung, desto größer ist die Chance der Zustimmungsbereitschaft, aber auch die Möglichkeit des Mißverständnisses. Ein zentraler Begriff wie Gerechtigkeit überdeckt aufgrund seiner großen Bedeutungsbandbreite eine Vielzahl von unterschiedlichen und sogar widersprüchlichen Interpretationsmöglichkeiten. Ob mit „Gerechtigkeit“ die Forderung erhoben wird, daß jedem das gleiche zustehe, jeder gemäß seinen Verdiensten oder seinen Leistungen oder seinen Bedürfnissen oder seinem Rang behandelt werden sollte oder jeder das ihm durch Tradition oder durch Gesetz Zustehende erhalten solle<sup>5</sup>, das ergibt sich zuerst nicht einmal aus dem Kontext.

Wer „Gerechtigkeit“ in politischem Zusammenhang sagt und auf die Präzisierung seines Begriffsverständnisses im Kontext verzichtet, macht sich den hohen Wertegehalt und die emotionale Ausstrahlungskraft dieser Breitbandvokabel zunutze, die Unterschiedliches und Widersprüchliches auf einen Nenner bringt. Die Säkularisierung des moraltheologischen Gerechtigkeitsbegriffs erkennt die Möglichkeiten der Menschen, die nur fähig sind, sich stets um Annäherungen an idealtypische Konzepte wie Gerechtigkeit zu bemühen. Die Übereinstimmung zwischen Sollen und Sein, zwischen Wunsch und Wirklichkeit, die Aufhebung aller Widersprüche, vollständige Kontingenz und Transparenz kann ernsthaft nicht als erreichbares Ziel demokratischer Politik ausgegeben werden. Die Unvoll-



kommenheit der Welt nach dem Sündenfall wird immer genügend „Beweise“ für die Unfähigkeit der Politiker bereithalten, wenn man nur danach sucht.

Warum ist es für manche Intellektuelle so schwer zu verstehen, daß die pluralistische Demokratie die schwierigste Staatsform ist, die am stärksten menschliche Energie benötigt, weil sie die Gestaltung der Politik nicht nur einer kleinen Gruppe von Menschen überläßt, sondern sie zur Sache für alle macht? Warum ist es so schwierig zu erkennen, daß keine andere Staatsform so große Möglichkeiten für den Bürger bietet, und gleichzeitig auch so hohe Anforderungen an seine Urteilskraft stellt wie die Demokratie? Wie kommt es, daß sich Intellektuelle in Deutschland nicht die Mühe machen, die Sachprobleme der Politik zu untersuchen, sondern gebetsmühlenartig Stichwörter wie Tschernobyl, Rheinverschmutzung, Gentechnologie, Asylrecht in dem Vertrauen repetieren, die politische und moralische Verantwortung für diese Probleme sei geklärt, jetzt komme es nur noch darauf an, die Schuldigen an den Pranger zu stellen und sie der „Arroganz der Macht“ zu bezichtigen? Auch hier wird in Wirklichkeit unausgesprochen auf (partiellen) Konsens spekuliert, mit dessen Unterstützung man auf Detailkritik verzichten zu können glaubt.

Die Suche nach Antworten auf diese Fragen fällt schwer. Möglicherweise sind sie in jenem widersprüchlichen Syndrom eines unpolitischen Denkens zu finden, das die prinzipielle Verdächtigung von Macht mit einer ebenso prinzipiellen Überschätzung ihrer Möglichkeiten in einer pluralistischen Demokratie verbindet<sup>6</sup>. Dieses Syndrom entsteht aus einer rigorosen Kenntnismahnerverweigerung gegenüber den politischen Sachfragen und ihren Details sowie aus einer hohen Konzentration moralischer Urteile, wobei Moral und Politik zu einem unüberbrückbaren Gegensatz auseinanderdividiert werden. Seine Atemluft bezieht dieses Syndrom aus einer traditionsreichen Figur des politischen Denkens in Deutschland, aus der Gegenüberstellung von Geist und Macht, für die es in der politischen Kultur anderer Nationen ebenfalls keine Entsprechung gibt<sup>7</sup>.

Bei den Bürgern hat dieses Syndrom viel von seiner Wirkungskraft in der politischen Kultur während der letzten 40 Jahre eingebüßt. Die Deutschen verfügen heute über ein deutlich erkennbares und gründlich untersuchtes Profil an politischen Einstellungen, Urteilen und Meinungen, das realistisch die Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Politik wahrnimmt. Vor allem ausländische Beobachter bescheinigen der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland ein hohes Maß an Wirklichkeitssinn, der die deutsche Demokratie stabil mache und sie mental verankere<sup>8</sup>.

Natürlich gibt es keinen Grund zur Zufriedenheit, weder mit der Politik und der politischen Kultur noch mit anderem Menschenwerk. Aber wer den Zerfall der politischen Kultur beklagt oder jedenfalls als dringliche Frage zur Diskussion stellt, sollte die Möglichkeit nutzen, Beweise für seine These zu bringen und die Kriterien seines Werturteils offenzulegen. Generelle Vorbehalte gegen Institutio-



nen aller Art und ebenso generelle Sympathien für prinzipielle Partizipation berechtigen zu der Vermutung, daß das Negativurteil über die politische Kultur der Deutschen aus dem Geist verabsolutierter Partizipation entstanden ist<sup>9</sup>. Wenn die Partizipation zur obersten Maxime der Demokratie erhoben und so das Repräsentationsprinzip außer Kraft gesetzt wird, dann hat dies dramatische Folgen für den politischen Entscheidungsprozeß.

Die Hoffnung auf eine qualitative Verbesserung der Politik ist ebenso eine bloße Illusion wie die Annahme einer größeren Akzeptanz der partizipatorisch formulierten Politik. Als Lösung bietet sich der Einbau von plebesitären Elementen in das repräsentative System an, vor dem die Väter des Grundgesetzes aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Scheitern des ersten Demokratieversuchs in Deutschland zurückschreckten. Wer das Tempo auf sich wirken läßt, mit dem sich in der öffentlichen Meinung die zentralen Probleme der Politik jagen, wer die Meinungsströmungen verfolgt, mit denen die Irrungen und Wirrungen des Zeitgeistes demoskopisch nachgezeichnet werden können, der kann im Ausweg der plebisitären Ergänzung der Demokratie nur einen Holzweg erkennen. Der Mangel an Kontinuität würde so nur noch verschärft werden, in dem viele Kritiker der parlamentarischen Demokratie zu Recht ein Hindernis für langfristige Planung und für mehr Rationalität und Berechenbarkeit in der Politik erkennen. Selbst die Grünen, deren Wünschbarkeitssinn bei weitem ihren Wirklichkeitssinn überschreitet, haben sich durch die unerwünschten Effekte der schweizerischen Volksabstimmungsprozeduren beeindrucken lassen und ihre Rede von der plebisitären Ergänzung der repräsentativen Demokratie stark zurückgenommen.

Stark zugenommen dagegen hat die Indienstnahme der Moral als politisches Argument. Diese Perzeption von Politik hat vor allem mit zwei Problemen zu kämpfen. Erstens mit ihrer mangelnden Plausibilität. Die hochsäkularisierte und zunehmend pluralisierte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland verfügt längst nicht mehr über jenen Konsens an moralischen Überzeugungen, der es erlauben würde, ein moralisches Argument zur Mobilisierung einer politikwirksamen dauerhaften Mehrheit zu nutzen. Moralische Argumente – selbst die Priorität des Lebensschutzes – werden von den sich selbst so bezeichnenden Alternativen regelmäßig anders verstanden. Es ist vor allem ihnen zu verdanken, daß der Bedeutungszusammenhang der zentralen Begriffe immer dann zerreißt, wenn die politische Redeweise den Gipfel der Abstraktion verläßt und sich Konkreterem zuwendet. Auffällig bei den Grünen ist auch, daß das Thema des Lebensschutzes mit Problemen wie der Rheinverschmutzung zu konkurrieren hat, obgleich die Rheinverschmutzung einen anderen, nämlich einen minderen Rang in der Wertehierarchie besitzt als der Schutz des Lebens, der beim ungeborenen Leben unmittelbar beeinträchtigt ist. Der Rheinverschmutzung kommt auch deshalb ein minderer Rang zu, weil der Strom trotz Sandoz und anderer katastrophaler Ereignisse in den letzten zehn Jahren sauberer geworden ist. Daß diese Tatsache,



auch wenn gelegentlich darüber berichtet wird, systematisch nicht zur Kenntnis genommen wird, gehört zu den Eigentümlichkeiten selektiver Wahrnehmung.

Moralische Argumente als politische Denkanstöße haben es zweitens deshalb so schwer, weil die Institutionen der „religiösen Sozialisation“, falls diese Formulierung erlaubt ist, an Bindungs- und Überzeugungskraft verloren haben. Das, was die Kirchen – aus welchen Gründen auch immer – nicht für die Herausbildung eines moralischen Konsenses zu leisten vermögen, das kann durch pluralistische Politik nicht ersetzt werden. Die Selbstsäkularisierung der Kirchen – vorangetrieben durch politisch motivierte Themenwahl mancher Repräsentanten – bewirkt einen Verlust an Spiritualität, mit dem sich nicht zuletzt jene abzuplagen haben, die Politik aus christlicher Verantwortung zu gestalten versuchen. Und dieser Verlust trifft Wähler und Gewählte in gleicher Weise.

„Politik“, schrieb Johannes Althusius 1603 in seiner „Politica methodica digesta“, „ist die Lehre vom Zusammenleben der Menschen. Es bildet sich nach ihren Regeln, es wird nach ihnen geführt und gehalten. Deshalb heißt Politik auch ‚Kunst der Zusammenfügung‘. Die Entstehung (und Pflege) dieses Zusammenlebens zu fördern, ist der Sinn der Politik.“<sup>10</sup> Wie günstig für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland wäre es, wenn sich mehr Männer und Frauen bereit fänden, diese Lehre des Althusius anzunehmen und für eine Politik aus christlicher Verantwortung einzutreten und dabei die *Maxime* zu beherzigen: *Suaviter in modo, fortiter in re*.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> J. Ortega y Gasset, Politische Schriften (Stuttgart 1971) 9ff.

<sup>2</sup> Eine kleine Anleihe bei W. Percy, Liebe in Ruinen. Die Abenteuer eines schlechten Katholiken kurz vor dem Ende der Welt (Frankfurt 1974) 355.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu und für das folgende: Ph. Schmitz, Zerfällt unsere politische Kultur?, in dieser Zschr. 205 (1987) 316–322. Das Fragezeichen im Titel des Aufsatzes wird durch die Apodiktik der Formulierungen häufig aufgehoben.

<sup>4</sup> W. Bergsdorf, Wiedergewonnener Optimismus. Zehn Bemerkungen zur geistigen Erneuerung, in: Die politische Meinung, H. 225 (1986).

<sup>5</sup> Ch. Perelman, Über die Gerechtigkeit (München 1967); J. Rawls, Theorie der Gerechtigkeit (Frankfurt 1975).

<sup>6</sup> H. P. Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit (Stuttgart 1986).

<sup>7</sup> Die Intellektuellen – Geist und Macht, hrsg. v. W. Bergsdorf (Pfullingen 1982); ders., Die Jagd nach dem Eichhorn. Literatur und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Universitas (April 1987).

<sup>8</sup> G. A. Craig, Die Deutschen (München 1982); A. Grosser, Das Deutschland im Westen (München 1985); D. P. Conradt, Changing German Political Culture, in: G. A. Almond, S. Verba, The Civic Culture Revisited (Boston 1980); K. L. Baker, R. J. Dalton, K. Hildebrandt, Germany Transformed – Political Culture and the New Politics (Cambridge, Mass. 1981). Einen europäischen Vergleich der politischen Kulturen bietet: Politische Kultur in Europa, hrsg. v. P. Reichel (Frankfurt 1984).

<sup>9</sup> Die neueste Arbeit von O. W. Gabriel, Politische Kultur. Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland (Opladen 1987) – eine Mainzer Habilitationsschrift – setzt sich kritisch mit der „verbreiteten Klischeevorstellung von einem ‚Mangel an politischer Kultur‘“ auseinander und vermutet als Grund für manches negative Urteil über den Zustand der politischen Kultur eine „Verabsolutierung partizipativer Normen und Werte“ (324f.). <sup>10</sup> Zit. n. F. Glum, Politik. Eine Staats- und Bürgerkunde (Stuttgart 1958) 3.